

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post
zusätzlich 10 Pf. jährlich wird besonders erhoben. Einzelnummer 10 Pf.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Kuppelung, Betriebsstörung hat der Be-
trag keinen Einfluss auf die Zahlung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 11.
Betriebs-Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile
60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 40 Pf.
Ausland 2.— bzw. 3.— M. Abat 11. Tarif, Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 527

Mittwoch, 10. November 1920.

74. Jahrgang

Die Gemeinschaftsarbeit als Rettung aus dem Chaos.

Dr. Böger über die Zukunft der Montan-Industrie.

Am Sonntag tagte in Düsseldorf unter dem Vorsitz des vormaligen Reichspräsidenten, des General-
direktors der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und
Hütten-A.G. Dr. Albert Böger (Dortmund) die Haupt-
versammlung des Vereins Deutscher Eisenhüt-
tenleute. Dr. Böger machte bei dieser Gelegenheit be-
deutende Ausführungen über die Zukunft der Montan-Indus-
trie, der Montan-Industrie und über die Arbeiterprobleme
Eisenhütten, die sich im Wesentlichen mit Hugo Stinnes
Gedanken und Ansichten decken.

Er betonte, unsere Eisenindustrie sei ein Beispiel für
die unendlichen Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau
einer zusammengebrochenen Welt, die aus dem Chaos, in
das uns der Kriegausbruch und die Umwälzung mit ihren
verhängnisvollen Folgen geführt haben, entgegenstehen. Aber
gerade an den ärmsten Orten, alle Kräfte daran an-
setzen, um den Eisenwerke, von dem so viel für unser
ganzes Wirtschaftsleben abhängt, langsam den Weg zum
Wiederaufbau zu bahnen. Dieser Weg führe durch die Ge-
meinschaftsarbeit aller. Das Grundziel unserer
wirtschaftlichen Not sei der Mangel an Kohle.
Man müsse es immer wieder betonen. Es habe gar keinen
Zweck, an den Wiederaufbau der Wirtschaft zu denken, wenn
nicht die Frage der Rohstoffversorgung gelöst werde. Ständen
uns vor dem Kriege 200 Millionen Tonnen Kohle für 70 Mil-
lionen Reichsmark zur Verfügung, so müßten, wenn wir heute
der Wirtschaft nur noch 120 Millionen Tonnen liefern
können,

20 Millionen auswandern oder sterben.

Das erste ist nicht möglich, das zweite tritt dann ein.
Die Kohle ist in Deutschland Vorbedingung jeder Arbeit.
In jedem Lebenszweig, und unsere ganze Wirtschaft
beruht auf ihr. Schon im Kriege haben wir dies bitter
empfunden, verstärkt nach der Revolution, unentbehrlich
für den Wiederaufbau von Spa. Gewiß, es ist bisher
erfüllt worden; aber der Erstarrensvorgang der deutschen
Wirtschaft hat sich fortgesetzt, ihr Pulsschlag wurde schwach
und schwächer. Der Tag wird kommen, wo das Leben auf-
hört zu pulsen. Das Ausmaß dieser Katastrophe ver-
mögen wir nur zu ahnen! In diesem Augenblicke ruft man
von neuem nach der Sozialisierung und erklärt den
Vertrag für reif dazu. Es gibt aber auf der Welt keinen
reinen Verfall der Gütererzeugung. Die ganze Wirtschaft ist
ein ewiges Wechseln, immer neu werdendes. Nirgendwo,
die Landwirtschaft vielleicht ausgenommen, findet sich
eine solche Individualwirtschaft wie beim Kohlen-
bergbau. Wir sind gerade im Begriff, von der bloßen
Verbrennung der Kohle zur chemischen Aufschlüsselung über-
zugehen. Ganz neue Fragen für die Zukunft tauchen auf,
die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten stehen. Daher
ist der Kohlenbergbau für die Sozialisierung so unrettbar
wie zuvor. Gewiß wollen auch die Anhänger der Sozial-
isierungslehre sich diese Wege nicht verbauen. Dabei rich-
ten sie aber, wenn auch zunächst nur in Paragrafen, eine
Zentralwirtschaft auf, die uns den Bureaukrate-
alismus in höchster Potenz bringen muß. Die großen Kraft-
zentralen der verstaatlichten Betriebe sollen lahmgelegt
werden. Von offenem Leben ist dabei nichts mehr zu
sprechen, noch auch Verständnis für ein großes Volk oder
das Verständnis in der Wirtschaft. Man kann von keiner
Beamtenorganisation, und wäre sie die vollkom-
menste, die alle Energie erwarten, wie vom persön-
lichen Leiter, der in erster Linie sich selbst und seinem
Wert verantwortlich ist. Die Kohle muß bei ihrer un-
ersetzlichen Bedeutung für alles Leben in Deutschland un-
bedingt besonders betrachtet werden.

Wenn Mittel erarissen werden müssen, die abseits von dem
Weg der bürgerlichen Wirtschaftstheorie liegen, werden solche Kreise
gerade der Wirtschaftler bemüht mitmachen, sofern sie nur die
Verbesserung haben, daß eingeschlagen werden muß aus
wirtschaftlichen Gründen, nicht aus politischen.

Mehr und billigere Kohle!

In der Notzeit unseres ganzen Volkes geworden, das den
Brennstoff als Licht, Wärme, Kraftstrom und in der
Form des bürgerlichen Verkehrs verbraucht. Auf diese Tat-
sache legen sich Pläne auf, die in neuerer Zeit lebhaft er-
örtert und kritisiert worden sind. Über das ganze Reich hin-
den sich Gas-, Kraft- und Wasserwerke verteilt, am dichtesten
dort, wo auch die Bevölkerung stark ist. Schon vor dem
Kriege war man sich darüber einig, daß eine Zusammen-
fassung aus diesen Betrieben erwachsen müsse. Am
absoluten wirtschaftlichen Bedarf hat man das längst begriffen
und erfüllt. Man hat einmal an, daß es gelänge,
im Laufe der Jahre Deutschland rein wirtschaftlich so zu
verstellen, daß überall ökonomische, zusammenfassende Betriebe der
verschiedenen Art entstehen und daß man diesen großen
Kohlenbergbauern, die der bestellten Allgemeinheit dienen,
nimmte kleine Kohlenwerke ab, oder, dann würde man
eine Gemeinwirtschaft im besten Sinne des Wortes
haben.

Das würde nicht die von einer Zentralkasse ver-
waltete Kohlenwirtschaft heißen, sondern Aufhebung der
Kohle an den ersten Verbrauchern in der Industrie u. v. m.
Wenn solche Betriebe richtig organisiert werden und unter-
nehmensmäßig handeln können, werden alle Wirtschaft, auch
Landwirtschaft und Handwerk, Strom, Gas und Wasser zu
verhältnismäßig niedrigen Preisen erhalten. Dann
man wieder über Sozialisierung zu sprechen, wenn
es erst einmal ein Geschäft ist: Mehrerzeugung und bil-
ligere Hervorbringung.

Vorgeschlagene Lage unserer Eisenindustrie

hob der Vortragende hervor, daß drei Viertel des früheren
Besitzes an eigenen Erzkuben dahin und die Hoheisen-
erzeugung auf weniger als die Hälfte zurückgegangen ist.
Die guten Gewinnergebnisse in unserer Eisen-
industrie seien nur Schein. Solange unsere Betriebe nicht
voll beschäftigt seien, könne nicht von einer Gesundung un-
serer Eisenwirtschaft gesprochen werden.

Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhält-
nisse ist nach der Ansicht des Redners auf allen Gebieten
ähnlich groß. Die Stein-Hardenbergische Reform
führte nach 1908 durch die Gewerbetreibenden und die kom-
munale Selbstverwaltung der Volkswirtschaft neue, frische
Kräfte an. Nach der Revolution von 1918 dagegen begann
die amtliche Politik damit, einen doktrinarischen Zentralismus
aufzustellen. Man wollte das Reich führen, und erreichte das
Umgekehrte. Den Irrtum haben die meisten Kreise der Wirt-
schaft längst erkannt, und ähnlich, wie in der Stein-Harden-
bergischen Zeit, wird überall das Bestreben nach wirt-
schaftlicher Selbstverwaltung wach. Der § 165 der
Weimarer Verfassung, der die Bezirkswirtschafts-
räte und den Reichswirtschaftsrat vorsieht, wird hoffent-
lich die Grundlage abgeben für das Zusammenarbeiten
aller Wirtschaftskreise des Reiches. Er könnte, richtig an-
gewendet, zur Grundlage unseres Wiederaufbaues
werden. Voraussetzung dafür ist die Gemeinschafts-
arbeit aller. Wäre sie noch nicht, dann müßte sie ge-
schaffen werden. Sie hat jedenfalls die Möglichkeit gebracht,
uns mit den durch den langen Krieg und die spätere Not ver-
armten Leuten zusammenzuführen. Sofern in
wenigen Jahren neue Gebilde entstehen, die das Leben er-
reichen, wie früher andere, wollen wir uns mit der Ent-
wicklung solcher Arbeitsgemeinschaften befassen. Kein falscher
Egoismus hat uns ferngehalten, das zu tun, was heute ge-
sieht, nämlich uns an verständigen. Allerdings ist
Egoismus die stärkste Triebkraft; aber damit braucht nicht
egoistischer Geist verbunden zu sein.

Verhandlungen über die Sozialisierung des Bergbaues.

Essen, 8. Nov. In der vorigen Woche haben hier
zwischen dem Ausschuss für Sozialisierung des Kohlenberg-
baues und den Vertretern des Bergbaues, unter denen neben
Unternehmern sich auch Bergarbeiter befanden, die Verhand-
lungen begonnen.

Das Ernteergebnis in Preußen.

mz. Berlin, 9. Nov.

Die Statistische Korrespondenz gibt die Vorführung der
diesjährigen Ernteergebnisse für Preußen bekannt. Danach
wurden geerntet in Tonnen: Winterweizen 1 901 407 gegen
1 094 022 im Jahre 1919 und 1 189 388 im Jahre 1918. Som-
merweizen 229 721 gegen 1 57 474 bzw. 140 216. Winterroggen
71 918 gegen 54 082 bzw. 45 845. Wintergerste 157 068 gegen
150 921 bzw. 116 705. Sommergerste 959 698 gegen 901 212
bzw. 900 834. Vorfgetreide zusammen einschließlich Gerste
6 309 000 Tonnen gegen 7 000 000 bzw. 7 272 000 Tonnen.
Dafer 3 273 880 gegen 3 022 186 bzw. 2 681 607. Gemenge aus
Getreide aller Art 372 316 gegen 448 308 bzw. 314 480. Buch-
weizen 45 700 gegen 52 656 bzw. 47 494. Erbsen 143 382 gegen
92 368 bzw. 72 838. Ackerbohnen 110 206 gegen 76 523 bzw.
61 115. Speisebohnen 8182 gegen 9083 bzw. 9617. Kartoffeln
2 485 947 gegen 14 008 403 bzw. 17 218 160. Futterrüben
6 071 702 gegen 4 042 204 bzw. 6 751 027. Futtererbsen
12 077 271 gegen 10 176 865 bzw. 12 302 101. Die Abstreitungs-
gebiete, das Saargebiet und die Kreise Cuxen und Malmedy
sind dabei außer Betracht gelassen.

Tardieu über die Erklärungen Fochs.

mz. Paris, 9. Nov.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Zeit-
Journal“ erwähnte André Tardieu auf einige Teile der Er-
klärungen des Marschalls Foch, die in der gestrigen Ausgabe
des „Matin“ wiedergegeben sind. Hinsichtlich der Bedeutung
des Anken Rheinverses erinnerte Tardieu an die Schwierig-
keiten, denen der damalige Ministerpräsident begegnete, weil
England und die Vereinigten Staaten sich einer solchen Be-
setzung widersetzten. Es entstanden wohl Meinungsverschie-
denheiten zwischen Foch und Clemenceau über die Dauer
der Besetzung, aber Clemenceau setzte tatsächlich Dank des
Artikels 429 die von Foch verlangten Sicherheiten durch. Da-
nämlich die militärischen Vereinbarungen mit England und
den Vereinigten Staaten nicht in Kraft getreten sind, werde
die Besetzung über die 15 Jahre hinaus ver-
längert werden. (!)

Tardieu bemerkt weiter, die Anschauungen des Mar-
schalls Foch seien vollkommen bekannt gewesen und ausgiebig
erörtert worden. Er lasse sie schriftlich nieder in seinen
Noten vom 28. Nov. 1918, 10. Jan. und 31. März 1919, die
unseren Verbündeten zur Kenntnis gegeben wurden. Er
trug sie außerdem auch noch mündlich vor, und zwar am
31. März 1919 vor dem Rat der Vier und in Gegenwart der
verschiedenen Oberbefehlshaber, ferner am 25. April im Mi-
nistrat, der die Lösung durch den Vertrag einstimmig
billigte, und endlich am 6. Mai in der Vollversammlung der Kon-
ferenz.

Die Unruhen in Irland.

London, 9. Nov.

In Dublin haben Polizisten mit Unterstützung von
Panzerautos in der Sackville-Street, der Hauptstraße von
Dublin, eine Razzia ausgeführt und dabei den Verkehr drei
Stunden lang vollkommen unterbunden. In London
dagegen kam es gestern Abend zu schweren Unruhen. Mehrere
Eisenbahnen von lokaler Bedeutung haben in Irland den
Verkehr eingestellt. Auch der Verkehr auf den großen Linien
wird eine bedeutende Einschränkung erfahren. Man rechnet
damit, daß gegen Ende der Woche alle Eisenbahngesellschaften
den Betrieb einstellen werden.

Wie der „Star“ vernimmt, hat der Generalsekretär der
Irland von dem Präsidenten der Vereinigung der irischen
Gesellschaften in Amerika folgende Mitteilung erhalten:

Wenn vom 14. November an noch weitere Repre-
santien in Irland vorkommen, werden wir mit Be-
pressalien in Amerika gegen die Engländer
antworten. Für jeden Mann, Frau oder Kind, die nach
dem 14. November von Polizisten, oder englischen Soldaten
geißelt werden, werden drei Engländer in Amerika
zu hängen haben.

Lord George, der im Unterhaus mit Fragen befaßt
ist, hat die Behauptung zurück, daß die Regierung dafür ver-
antwortlich sei oder gar Vergeltungsmaßnahmen organisiere.

Wahlunruhen in Italien.

Ein Redakteur des „Eco“ getötet.

mz. Mailand, 9. Nov.

Im Zusammenhang mit den Wahlen kam es hier zu
schweren Ausschreitungen der Sozialistischen Partei bei
denen ein Polizist schwer mißhandelt und einige Zivilisten
verwundet worden sind. Bei dieser Gelegenheit wurde der
Redakteur des „Eco“, Rechtsanwalt Carlo Rossi, ge-
tötet. Als die Menge von dem Gebäude des Associazione
Liberali die Landesflagge herunterzureißen versuchte, kam es
auch dort zu Zusammenstößen, die einen Toten und viele
Verwundete nach sich zogen. — Auch in Florenz kam es
zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf zwei Per-
sonen getötet und viele verwundet worden sind.

Durchweg bürgerliche Mehrheit.

mz. Rom, 9. Nov.

Die Blätter kommentieren die Ergebnisse der Gemein-
wahlen und betonen die Bedeutung des Sieges der konsti-
tutionellen Parteien, Selbst in Mailand und Turin, wo die
Sozialisten die Mehrheit hatten, betrage diese nur einige
hundert Stimmen. In anderen großen Städten sei
die Niederlage der Sozialdemokratie vollständige.

Ein Athener Urteil.

mz. Athen, 8. Nov.

Das Schoungericht sprach heute einen General frei, der
in eine reaktionäre Verschwörung (d. h. zu Gunsten des ver-
triebenen Königs Konstantin) verwickelt war.

Japan und die Ver. Staaten.

Aus Tokio wird berichtet, daß Japan über die Kom-
missionen, die von der amerikanischen Regierung erhal-
ten hat, sehr verstimmt ist. Der japanische Minister des Aus-
wärtigen hat erklärt, daß doch die russische Regierung nicht
anerkannt sei und daß Japan aus diesem Grunde auch nicht
die an Rußland gemachten Konzeptionen anerkennen könne.
Japan könne nicht einen Einbruch in seine Lebensinteressen
von Seiten Rußlands gestatten, oder andere Mächte auf
sich nehmen, ob diese nun aus geographischen oder anderen
Gründen stießen.

Amerika und Frankreich.

London, 9. Nov.

Einer Washingtoner Meldung der „Morning Post“ an-
folge soll die Tatsache bestehen, daß die Vereinigten Staaten
den englisch-französisch-amerikanischen Schutzvertrag nicht
ratifizieren werden.

Verurteilte Silberschieber.

mz. New York, 9. Nov. Vor der letzten Straf-
kammer standen zehn Silberschieber, um sich wegen großer
Silberschiebungen vor Gericht zu verantworten. Die An-
geklagten teilten sich in zwei Gruppen, nämlich die Käufer
und Verkäufer. Die Verkäufer hatten ihr Domizil in der
Gaußstraße im Café Mangel in Frankfurt a. M., wo sie
Silberverkäufe machten, um die Silberwaren — es handelte
sich oft um Beträge von über fünfzigtausend Mark — nach
Saarbrücken zu schaffen. Die Ankäufer wurden an Ge-
sinnungsstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre und
an Geldstrafen von dreitausend bis zu hunderttausend Mark
verurteilt.

Forderungen der Ludwigsbafener Lehrer.

Die Ludwigsbafener Lehrerschaft forderte in einer Ver-
sammlung am 4. November die Einführung in die Orts-
schulverwaltung mit Rückwirkung auf 1. April und Ver-
mehrung einer Pensionsanlage von monatlich 500 Mark
und 100 Mark für jedes Kind.

Oesterreich.

Freigabe der deutschen Anwesen.

Wien, 8. Nov. Die Korrespondenz Wilhelm erfährt, haben die von der Entente-Kommission zurückgehaltenen deutschen Postanwesen gestern die Erlaubnis erhalten, ihren Rückflug anzutreten. Der Abflug erfolgte am Dienstag um 12 Uhr.

Polen.

Kein Beitritt zur „kleinen Entente“.

London, 8. Nov. Die „Morning Post“ meldet aus Warschau, daß die polnische Regierung das Angebot ablehnt, Polen werde der „kleinen Entente“ nicht beitreten.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 10. November.

Brauchen wir ein Schuldezernat in Wiesbaden?

Aus Lehrerkreisen schreibt man uns: Es ist allgemein bekannt, daß die „S. 3“ in ihrer Nr. 523 Stellung zu der beschlossenen Reorganisation des Magistrats nimmt und damit die Angelegenheit zur öffentlichen Besprechung stellt.

Da Veranlassung über den geheimnisvollen Gesamtplan der Reorganisation des Magistrats nicht zu erfahren ist, beschränken wir uns in folgenden Ausführungen auf die Frage des Schuldezernats. Zunächst sollte es die Verwaltung des gesamten Schulwesens Wiesbadens umfassen, es sollten ihm also neben Volks- und Mittelschulen und höheren Schulen auch die Handels- und die Gewerbeschule unterstellt werden. Heute ist man anscheinend von einem solchen Plan abgekommen und fordert es nur für die vier höheren städtischen Schulen.

Wie will man aber die Notwendigkeit einer solchen Stelle begründen? Auch nach Einrichtung eines solchen Dezernats muß die Verwaltung der einzelnen Schulen durch ihre Direktoren geschehen; die Direktoren werden in dieser Hinsicht durchaus nicht entlastet. Eine Zentralisation ist weiterhin überflüssig, weil das Schulratorium besteht und bisher seinem Zwecke völlig entsprochen hat. Jedenfalls wird kein Eingeweihter behaupten, daß die höheren Schulen unter seiner Verwaltung nicht zu ihrem Rechte gekommen seien. Sollte das Schulratorium zu schwach sein, so ist leicht Abhilfe zu schaffen, indem man unter Erlaßung aller weiteren Kosten 2-3 Herren des Magistrats unter Zuziehung eines Direktors einer höheren Schule die Rechte des Ratoriums ehrenamtlich überträgt. Haben die städtischen höheren Schulen wirklich den Wunsch, eine gemeinsame Vertretung beim Magistrat zu besitzen, so wird es ihnen nicht schwer fallen, einen ihrer Direktoren als ihren Vertrauensmann zu bezeichnen.

Ein anderer, vielleicht ebenso empfehlenswerter Weg wäre der, daß unter Vorbehaltung des bisherigen Ratoriums ein von den vier Direktoren gewählter Schlichter als Vertreter der Schulen tritt, der also in ihrem Namen mit dem Magistrat verhandelt. Gemeinsame Beratungen der Direktoren über die Angelegenheiten ihrer Schulen würden für den nötigen Interessenausgleich und die erforderliche Einheitlichkeit des höheren Schulwesens ebenso gut sorgen, wie ein Dezernat es tun kann.

Auch die pädagogische Seite der Frage vermag die Schaffung des Dezernatspostens nicht zu rechtfertigen. Vielmehr weist man auf die schwierigen Verhältnisse und auf die bevorstehende Einführung der Einheitschule hin, um die Einrichtung des Dezernats zu begründen. Diese Gründe erweisen sich bei näherer Betrachtung als wenig haltbar. Die Ausdehnung des Schulwesens der Städte hängt in erster Linie nicht mehr von deren Willen ab, es wird nach der Verfassung von der Reichs- und der Landesregierung festgelegt. In dem dadurch gezogenen ziemlich engen Rahmen bleibt vornehmlich für die weitere Ausgestaltung nicht mehr allzuviel Freiheit übrig. Die Ausgestaltung der Lehrpläne und der Lehrmittel ist eine schwierige Arbeit, in der niemals Soche des Schuldezernats; sie kann nur in den Lehrerkonferenzen der einzelnen Schulen geschehen. Eine Befreiung der pädagogischen Arbeit wird nach allen Erfahrungen nicht von einem bürokratischen Beamten — das würde der Schuldezernat infolge seiner Position vom lebendigen Schulbetriebe notgedrungen bald

werden —, sondern von im praktischen Unterricht stehenden Lehrern ausgehen.

Wie soll sich das Verhältnis zwischen dem Schuldezernat und dem Leiter des Volks- und Mittelschulwesens gestalten? Hier ergeben sich Schwierigkeiten, die wir nur andeuten wollen. Keinesfalls ist die Lehrerschaft der Volks- und Mittelschulen gewillt, zuzulassen, wie man, vielleicht auf verkehrten Umwegen, hier Änderungen schaffen möchte.

Es bleibt nun noch übrig, auf die finanzielle Seite der geplanten Einrichtung hinzuweisen. Zum mindesten soll für den Dezernenten oder Referenten die Stelle eines höheren Beamten geschaffen werden, die dann später leicht in einen Magistratsposten überzuführen wäre. Immer wieder lesen und hören wir von der Notwendigkeit größter Sparsamkeit in Reich, Staat, Gemeinden und Familien, überall steht das Geld für die notwendigen Kultur- und Kulturanlagen. Wir werden bald so weit sein und sind es zum Teil schon heute, daß die Schulen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr die nötigen Lehrmittel (Bücher, Bilder, physikalische Apparate, chemische Stoffe) anschaffen können. Was verschlägt das? Für die unnötige Stelle eines Schuldezernats scheint in Wiesbaden Geld in Fülle da zu sein. Mit dem Gehalte des Schuldezernenten oder Referenten ist jedoch noch lange nicht getan. Die Stelle wird einen ganzen Stab von Sekretären, Assistenten und Schreibern erfordern, daneben Räumlichkeiten, die man ebenfalls in Überflusse zu haben scheint. Will man nicht einsehen, daß es besser wäre, die dafür aufzuwendenden Summen, wenn sie einmal „überflüssig“ sind, an die verschiedenen Schulen Wiesbadens zu verteilen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können? Unserer Meinung nach hängt die Güte des städtischen Schulwesens mehr von der stillen treuen Arbeit in den Schulen, als von einer zentralisierten bürokratischen Verwaltung ab. An Bürokratismus haben wir bereits zuviel.

Am Sonntag, 7. Nov., fand in der Aula des Lyzeums am Boisenplatz eine Versammlung der Wiesbadener Lehrerschaft aus Volks- und Mittelschulen statt, die sich mit der Frage der Einrichtung eines Schuldezernats befaßte. Nach einem Referat des Lehrers Grünwald und einer anschließenden Aussprache fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Die am 7. November in der Aula des Lyzeums am Boisenplatz tagende Versammlung der Wiesbadener Lehrer und Lehrerinnen aus Volks- und Mittelschulen stellt, besonders mit Rücksicht auf die bevorstehende neue Städteordnung, auf dem Standpunkt, daß zurzeit die Schaffung eines einheitlichen Schuldezernats nicht erforderlich ist, und wendet sich auch gegen die geplante Neuordnung der städtischen Schulverwaltung, die ebenfalls zunächst nur die höheren Schulen betrifft, in ihren weiteren Wirkungen aber dem zu erstrebenden einheitlichen Aufbau des Wiesbadener Schulwesens hindernd entgegenzutreten könnte.

Der zweite Bezirksverein der Deutschen Volkspartei hält am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Rodenheimer, Ecke Hellmünd- und Bertramstraße, eine Versammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Lehrer Kayrus, wird über „Die Aufgaben der Deutschen Volkspartei in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung“ sprechen.

Wahlverforgung. Ab Mittwoch, den 10. Nov. d. J., werden die Wahllokale der Kinder im 5. und 6. Lebensjahre täglich mit 1/2 Liter starker Vollmilch bedient. Auch die roten Krankenarten können von diesem Tage an täglich wieder voll bedient werden.

Warnung an Wohnungsuchende. Das Stadt. Wohnungsamt teilt mit: In der letzten Zeit konnte wiederholt die Beobachtung gemacht werden, daß Wohnungen unter Umgehung des Wohnungsamtes eigenmächtig bezogen worden sind. Die Schärfe der Wohnungsnote zwingt dazu, alle ohne vorherige, ausdrückliche schriftliche Genehmigung bezogenen Wohnungen polizeilich wieder räumen zu lassen. Außerdem muß von jetzt ab in jedem Falle unmissverständlich Strafantrag gegen den zuwandernden Vermieter, als auch den Mieter gestellt werden. Dieses scharfe Vorgehen ist das Wohnungsamt den wirklich Wohnungsbedürftigen schuldig, um deren berechtigten Ansprüche befriedigt zu können. Weiter ist die Beobachtung gemacht worden, daß freie, freiverwendende oder unbenutzte Wohnungen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 3 Tagen durch die Wohnungsbedürftigen dem Wohnungsamt anzuzeigen werden. Sollte fernerhin der vorgeschriebene Meldetermin nicht in jedem Falle pünktlich nachgekommen werden, so muß das Wohnungsamt zu seinem Bedauern auch hier gegen jeden Zuwiderhandelnden unmiss-

sichtlich einschreiten. Es wird deshalb dringend empfohlen, die bestehenden Bestimmungen zu beachten und gleichmäßig bekanntzugeben, daß bereits in einer Reihe von Fällen zwingende Räumung von zu unrecht bezogenen Wohnungen erfolgt ist.

Reichsnotopfer-Erfahrungen. Wer seine Steuererklärung zum Reichsnotopfer auch jetzt noch nicht abgegeben hat, ist auf diese nunmehr umgehend dem Finanzamt einzureichen. Die Frist zur Einreichung der Erklärungen ist zwar am 30. Sept. 1920 abgelaufen, jedoch wird das Finanzamt in Fällen, in welchen für die verspätete Einreichung nachvollziehbare Gründe angeführt werden, von der Anfertigung eines Beschlages wegen verspäteter Abgabe der Steuererklärung absehen. Wer am 31. Dez. 1919 ein Vermögen von 5000 M. besessen hat, war zur Einreichung einer Steuererklärung verpflichtet. Wie uns das Finanzamt mitteilt, ist eine große Anzahl von Reichsnotopfer-Erklärungen für Gesellschaften, Vereine usw. noch nicht eingegangen. Da die Vorstände bzw. Vorstände der Vereine für die Abgabe der Erklärungen verantwortlich sind, dürfte es sich empfehlen, das Finanzamt unter Vorlage der Statuten anzufragen, ob es in einzelnen Fällen der Vereinen zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet ist oder nicht.

Bügel mit Gas macht nicht nur Erak, sondern ist billiger, wenn man sich besonderer Bügel-eisen bedient, die man innen heraus erhitzen werden. Sie besitzen noch den Vorteil, daß die Gießfläche immer blank bleibt. Scheut man sich vor der einmaligen Ausgabe, so verwende man wenigstens bei Gebrauch gewöhnlicher Bügel besondere Erhitze, die Klappen der Form des Wäschens angepasst sind. Gasautomatenabnehmer erhalten so die an den gewöhnlichen Heizkörpern mit Fortschleusen passende Brenneranlage zu dem billigen Preise von 1 M. das Stück.

Deutschnationale Volkspartei. Auf den heute (Mittwoch) 8 Uhr abends in der Aula des Lyzeums 2 am Boisenplatz stattfindenden Vortrag des Landtagsabgeordneten Mitter aus Berlin über: „Die Wege zum inneren Frieden“ wird nochmals besonders hingewiesen. Die Bedeutung dieses deutschnationalen Führers und die Wichtigkeit der kommenden Wahlkampfes lassen zahlreiche Besuch dringender notwendig erscheinen.

Feier der Evangelischen Bundes. Am Sonntag, 14. Nov., nachmittags 5 Uhr, wird der Evangelische Bundesrat in der Aula des Lyzeums am Boisenplatz tagen. Die Festrede wird Herr Pfarrer Niemöller in Erfurt halten, dessen hervorragende rednerische Begabung und evangelischen Glaubensgesinnung in dieser Beziehung öfters gefeiert hat. Er wird das Thema behandeln: „Was hat uns Luther heute zu sagen?“ Die Herren Dr. Gahn vom städtischen Ratsrat, Hofopernkammerchor, Max Budjatz und Oskar Schaub haben ihre Mitwirkung zugesagt. Der Eintritt ist frei; vorbehaltene Plätze 2 M. sind in den Geschäftsräumen von Frau Gnael, Rheinstraße und Willestraße und Ecke Rheinstraße, Kaiser Friedrich- und bei Kaufmann Sennebold, Bismarckstraße und Bertramstraße sowie Sonntag nachmittags von 4 Uhr ab am Haupteingang der Kirche zu haben. Alle Evangelischen sind eingeladen. Die Kirche ist schön.

Gegen das Trinken! In einer hart belagerten Sammlung der Hotel- und Gastwirtschaften (Kellner, Portiers, Hotelbedienten, Pagen, Zimmermädchen usw.) wird nach eingehender Diskussion und einem Referat des Herrn Götter folgende Entschließung einstimmig angenommen: 1. Das Publikum wird gebeten, den Hotel- und Gastwirtschaften kein Trinkgeld mehr anzubieten. 2. Jeder Angestellte ist verpflichtet, den Tarif rektlos zu befolgen. 3. Kein Angestellter darf Trinkgeld annehmen. 4. Jeder Angestellte ist verpflichtet, Propaganda gegen das Trinkgeld in der Weise zu betreiben, wie von der Organisation vorgeschrieben. 5. Die Betriebsräte sind angewiesen, alle Angestellten wegen Durchführung dieser Beschlüsse zu kontrollieren. 6. Wer gegen diese Beschlüsse verstoßt und Trinkgeld annimmt, wird öffentlich an den Pranger gestellt und aus der Organisation ausgeschlossen. 7. Dem Publikum wird zur Kenntnis gebracht, daß es durch Trinkgeldzahlung selbst schädigt und doppelt bezahlt. In diesem Sinne Kampfe gegen eine einseitige Günstigkeit, welche die Angestellten zu Almosenempfängern hemmt, wird das vereinte Publikum gebeten, aus nicht in Verführung zu bringen, sondern in der Absaffung des Trinkgeldes zu verhelfen. 8. In allen Lokalen werden Plakate aufgehängt mit folgendem Inhalt: „Das vereinte Publikum bittet um göttlich, uns keine Trinkgelder mehr anzubieten. Wir wollen keine Almosenempfänger sein. Fort mit dem Trinkgeld.“

Warnung. Die Kriminalpolizei warnt dringend vor einer Einheitschildei und Betrüglerin, namens Schmidt.

Die Flamme der Welt.

Roman von Guido Krenker.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Dunder, Berlin. (25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Darum war ein langes Schweigen. Und dann lächelte der Herr von Hoffow — ein eigentümliches, fast melancholisches Lächeln war es.

„Also ist es nicht sonderbar, Saiga, daß der liebe Gott sich an Volkstredern seines oft so rätselhaften Willens immer die merkwürdigsten Elemente aussucht? Sehen Sie — da hab ich in den Jahren vor meiner amerikanischen Episode einen Bekannten gehabt: einen in jeder Beziehung vorbildlichen jungen Mann, den ich oft in der Heimat bewunderte. Landwirt, studierte hier an der landwirtschaftlichen Hochschule; ein tadelloser korrekter Gentleman; Kavallerie des Berufs und der Gesinnung. Als ich nach Berlin zurückkam, freute ich mich schon im voraus, ihn hier wiederzusehen, erfuhr aber in der Pension, in der er zu meiner Zeit gewohnt hatte, daß er wenige Tage vorher verstorben sei, um auf einem großen olympischen Rittgänger zu voluntieren. Es interessiert Sie vielleicht, daß dieses Gut Warischken heißt und im Tiffiter Kreise liegt.“

Ein atemberaubender wunderbarer Schrecken überfiel das Gesicht der Frau.

„Das ist nicht möglich! Ein derartiger Zufall...“

Der Herr von Hoffow aber hob halb abwehrend die Hand.

„Sie sagen Zufall, Saiga. Aber — gibt es überhaupt einen Zufall? Ist nicht letzten Endes alles, was uns so erscheint, Ordnung und Bestimmung und Schicksal und die letzte Konsequenz eines Willens und einer Gewalt, die in uns und über uns ist, und die wir armen, elenden Stümper hier unten auf Erden einfach nicht zu beurteilen, nicht zu erschaffen vermögen? Mir ist es im Laufe meines unruhigen Lebens oft schon so vorgekommen. Und sehen Sie — deshalb bin ich auch gar nicht erschrocken, wie er einmal vor diesem physischen Rätsel zu stehen. Ich halte es, nebenbei bemerkt, für sinnlos, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Wir werden es nie lösen; wir können nur das Eine tun: daraus eine Erfahrung machen. Und dem einen oder dem anderen schlägt sie ja auch gelegentlich zum Glück aus.“

VII.

„Ausruhen! Ruhe wälandes Pailios!“ (Frühstück! Eine halbe Stunde aufhören!)

Die titanischen Waldarbeiter stiegen Schanien und Epizäkte in den weichen Sandboden und kramten aus ihren Höden, die sie heute früh absteils geworfen, das Frühstück hervor. An einem Haufen lagerten sie sich. Im wehenden Schweigen des Aprilmorgens war gleich darauf Boden und Schuppen und unbefürmerte derbe Fröhlichkeit.

Kaniam war dann Torunn durch den Wald geschlendert und unversiebt hierher geraten, wo man die letzte Hand an die Kränzhüte legte, die für den Geheimrat bestimmt war. Den Platz hatte man ungenutzt gelassen gewählt: eine kleine Anhöhe gewährte freie Rundschau; ringsum ein Waldschloß von vielleicht 60 Morgen im Geviert. Unwillkürlich wachte der Volontär lächelnd: Na, das würde einen Spaß geben, wenn erst der Uhu auf der Stange saß und das aesteuerte Raubgeschloß auf ihn hockte (hoffen: aus der Luft herunterstürzen, anzureisen! Da hock es schnell mit der Klinte zur Hand sein, denn sonst schloß man den Hohlweg oder den Hühnerhof oder den Merlins glatt vorbei!

Als er jedoch näher kam, sah er den Administrator bei den Venten stehen und die Arbeit überwachen. Er verließ die Schritte: doch dann, schüttelte er — wie vor sich selbst — den Kopf: nein, solch Ausweichen hatte keinen Sinn. Im Gegenteil — er wollte er ihn sowieso in einer bestimmten Angelegenheit sprechen; und dann konnte man ruhig einmal sehen, wie weit das Gedächtnis dieses Herrn von Schreewen noch reichte und welche Rolle er überhaupt damals in Berlin gespielt hatte.

So ging er langsam weiter, und war wohl kaum noch zwanzig Schritte von dem kleinen Anker entfernt, als er den Anführer Frühstückspause gebieten hörte.

Uebrigens hatte Herr von Schreewen ihn bereits gesehen: er kam ihm entgegen und zog schon von weitem den Hut.

Morgen, Herr Doktor. Und eigentlich hätte ich schon gestern darauf geschworen, Sie hier draußen zu treffen. Denn ich entsinne mich doch noch — das ist ja kaum acht Tage her! — wie Sie dem Dudda wegen der gemeinlichen Kränze den Standpunkt klar machten. Damals mußte ich

felder gegen Sie Partei ergreifen. Denn der Mann war tatsächlich in seinem Recht. Aber abgesehen davon — scheinen ein gewaltiger Jäger vor dem Herrn zu sein!“

Dann Torunn hatte die hingestreckte Rechte

Morgen, Herr von Schreewen! Ich leugne nicht: der Wirklichkeit. Ja, und Pferde sind nun einmal meine Leidenschaften. Und bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf das Eigentümliche zu sprechen kommen. Ich kann nämlich nicht wegen der Kränzhüte heraus, sondern ich möchte eine andere Frage mit Ihnen erledigen. Nämlich heute erhielt ich die Nachricht, daß meine beiden Pferde endlich an unserer Station angekommen sind. Würden Sie mir nicht einen Anhalt mit heransenden, damit die Pferde ausgeladen und hierher geschickt werden können?“

Der Herr Griaat kann Sie begleiten, Herr Doktor, und auch ein paar Halfter mitnehmen.“

Verbindlichen Dank, Herr von Schreewen!“

Keine Ursache, Herr Doktor! Aber was mir dabei fällt: lassen Sie noch den prachtvollen Brandstift mit der Stirnleiste, den Sie immer in Berlin ritten?“

Den Hanne? Na, aber selbstverständlich. Mit festem Jähre: der soll erst noch werden! Ein Staatsferd, der das man früher so ein Tausendtalentpferd nannte. Hinterher eine Idee zu hell gebaut; aber es spielt keine Rolle. — Ich habe er: Nebenbei bemerkt, Herr von Schreewen: wollen Sie das Pferd? Aus Berlin?“

Der Administrator zog leicht die Lippen.

„Ja, natürlich! Ich war doch das vorletzte Jahr ganzem Herbst und Winter hindurch in Berlin. Da habe ich Sie oft das Pferd reiten sehen; am Kurfürstendamm Tiergarten, am alten Wasserburg; einmal sogar draußen im Grunewald beim Jagdschloß Stern — was habe ich mir Kopf zerbrochen, wer hier in Berlin — da Sie doch offenbar kein aktiver Offizier waren — soviel Pferdeverstand besaß! Bis ich Sie ja dann durch Kränzein Herr kennen lernte.“

Da war dieser Name gefallen! Am ehesten mal seit anderthalb Jahren war er vor Herrn Torunn genannt worden! Abstrus, natürlich; so im Gespräch doch — wie nebenbei und beiläufig in gleichem Zusammenhang mit einem Pferde!

(Fortsetzung folgt.)

On parle français. English spoken.